

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

17. Jahrgang

Berlin, den 25. August 1950

Nummer 35

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

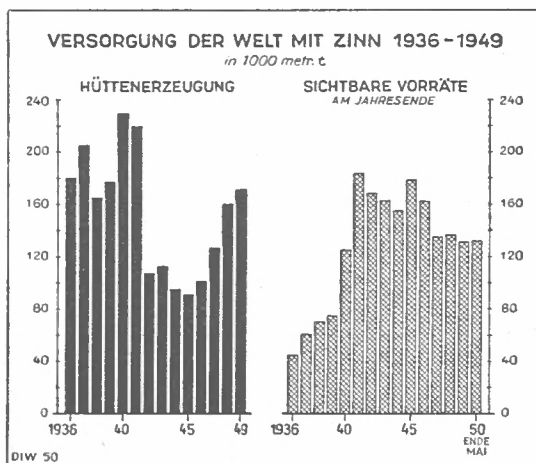
Die Situation am Weltzinnmarkt

Die internationale Zinnversorgung ist seit Ausbruch des Korea-Konfliktes eine weltwirtschaftliche Aufgabe ersten Ranges geworden. Der Schwerpunkt der Weltzinnerzeugung liegt in den ostasiatischen Besitzungen Hollands und Großbritanniens. Wenn sich auch zur Zeit noch keine unmittelbaren Störungen in der Zinnproduktion Ostasiens ergeben haben, so befürchtet man angesichts der geographischen Konzentration der Zinnvorkommen auf die politisch gefährdeten Gebiete im Fernen Osten auch wirtschaftliche Erschütterungen in den von Zinn und Gummi abhängigen Kolonialländern Indonesien, Indochina und Siam. Kennzeichnend für die gegenwärtige Situation sind die internationalen Zinnpreise, die seit Ausbruch des Korea-Konfliktes zu einer bisher unerreichten Höhe gelangten.

Zinn gehört zu den unentbehrlichen („strategischen“) Rohstoffen der Weltwirtschaft. Es ist auch ein verhältnismäßig seltenes Metall. Die Gebiete von Malaya, Indonesien und Siam lieferten bis zum zweiten Weltkrieg 60 vH der gesamten Zinnkonzentratproduktion der Welt¹⁾. Die Weiterverarbeitung erfolgte größtenteils am gleichen Ort. Die mit den modernsten maschinellen Einrichtungen versehenen Hüttenbetriebe der Straits Settlements in Britisch-Malaya verarbeiten auch Konzentrate aus Siam, Burma, Indochina, Südafrika, Japan, Uganda, Tanganjika und Australien. Allein Malaya hat deshalb in der Vergangenheit auf der Basis seiner eigenen Erzvorkommen und unterstützt durch Erzeinfuhren die Führung unter den Produzenten von Zinnmetall besessen. Es war 1936 mit 45 vH und 1940 mit 47 vH an der Weltproduktion beteiligt. Die gesamte Produktion Ostasiens gelangte zur Ausfuhr nach den USA, den europäischen Industrieländern und Japan.

Der Krieg hat das Gefüge der internationalen Zinnwirtschaft stark erschüttert. Die Besetzung der Malaienstaaten durch die Japaner im Jahre 1942 brachte die Konzentraterzeugung und Hüttenproduktion fast ganz zum Erliegen und schnitt gleichzeitig die zinnverbrauchenden, kriegsführenden Großmächte von den Produktionszentren ab. Daraufhin haben die USA — wie vorübergehend schon im ersten Weltkrieg — mit hollän-

dischen Fachleuten eine eigene Zinnhüttenindustrie aufgebaut, wobei sie sich im wesentlichen auf die Einfuhr bolivianischer und südafrikanischer Erze stützten. Die von der Regierung in Texas City errichtete Longhornhütte ist speziell auf die Verarbeitung dieser Konzentrate abgestellt, so daß sie auch im Falle einer erneuten Sperrung ostasiatischer Zinnzufuhren weiterarbeiten könnte. Mit Hilfe der bolivianischen Erzförderung, die 1945 um fast vier Fünftel höher lag als 1936, stieg die Hüttenzinnproduktion der



USA während des Krieges um ein Vielfaches an. Daneben gewann man noch einige Mengen aus Altzinnbeständen. Dieses Sekundärzinn in Form von Zinnplatten betrug während des Krieges und nach dem Krieg im Durchschnitt 30 vH der Gesamterzeugung¹⁾.

¹⁾ Minerals Yearbook 1946.

¹⁾ Die aus den Seifen (Abtragung und Verwitterung von Gesteinmassen in den Bach- und Flußlären) gewonnenen Konzentrate enthielten 1935 nach F. Friedensburg 76,5 vH Zinn, während die aus primären Vorkommen aufbereiteten Erze erheblich niedrigere Gehalte aufweisen.

1945 betrug die Weltzinnerzeugung mit etwa 91 000 t nur knapp 40 vH der Höchstproduktion des Jahres 1940 (230 000 t). Seitdem ist sie stetig angestiegen und hat 1949 mit 171 000 t den Vorkriegsstand zu rd. 85 vH erreicht. Amerika hat sich ohne Unterbrechung um eine weitere Stärkung seiner im Kriege errungenen Position als Zinnerzeuger bemüht. Die Regierung der USA schloß Lieferverträge mit Niederländisch-Indien und Siam ab und bemüht sich neuerdings auch um malaiisches Zinn, das nach 1945 überraschend schnell wieder am Weltmarkt angeboten wurde.

Gegenwärtig ist durch die Errichtung der staatlichen Zinnhütte in Texas City die Kapazität der Welthüttenzinnerzeugung beträchtlich größer als vor dem Kriege, so daß die Produktionsmöglichkeiten infolge der ebenfalls gesteigerten Erzförderung in Bolivien und Südafrika und der raschen Erholung der ostasiatischen Zinnerzeugung heute über dem Vorkriegsniveau liegen. Der Weltzinnmarkt ist angesichts des verminderten kommerziellen Verbrauchs gegenüber der Vorkriegszeit durch ein Überangebot an Zinn auf der einen Seite sowie durch beträchtliche Vorräte auf der anderen Seite gekennzeichnet. Die Weltzerzeugung übertraf den Weltverbrauch im Jahre 1948 um rd. 20 000 t, im Jahre 1949 um 50 000 t. Die internationale Zinnstudiengruppe befürchtet, daß sich das Verhältnis weiterhin verschlechtert, zumal die Beanspruchung der Zinnproduktion für Kriegszwecke während des zweiten Weltkrieges zur Entwicklung zinnsparender Verfahren geführt hat, die den kommerziellen Bedarf gegenüber der Vorkriegszeit vermindert haben. Man rechnet 1952 mit einer Erzeugung von rd. 200 000 t und einem Verbrauch von nur 140 000 t.

Normalerweise hätte diese Entwicklung einen nachhaltigen Preissturz der internationalen Zinnpreise herbeiführen müssen. Statt dessen blieben die Preise bis zum Herbst 1949 zunächst auf

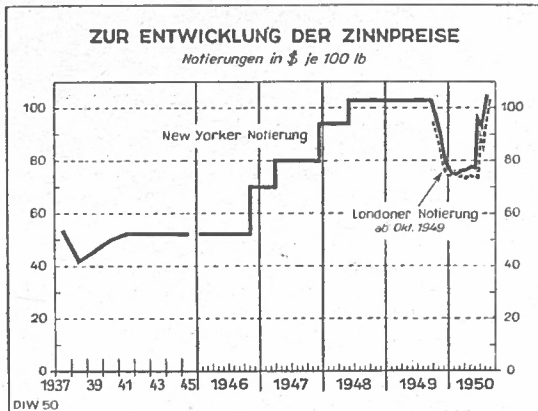
ihrem im Sommer 1948 erreichten Höchststand (New York 103 cent je lb) bestehen. Zinn wurde bis zu diesem Zeitpunkt von dem Combined Tin Committee in Washington bewirtschaftet und den einzelnen Ländern quotenmäßig zugeteilt. Der Zinnpreis war während der letzten Jahre weitgehend durch die Einkaufspreise bestimmt, die die Amerikanische Reconstruction-Finance-Corporation (REFICO) und das britische Versorgungsministerium als Einfuhrmonopolstellen der Regierungen für bolivianisches Zinn zahlten. Diese Preisfixierung hatte man bis Herbst 1949 trotz des steigenden Angebotsdruckes beibehalten, da die Regierungen langfristige Lieferungsverträge zu hohen Preisen mit Bolivien abgeschlossen hatten. Die Preisbindungen der Regierungen bestehen auch nach der Aufhebung des Importmonopols der US-Regierung und der gleichzeitigen Wiederzulassung privater Zinnexporte nach den USA im Herbst 1949 fort, da die Verträge mit Bolivien erst Ende 1950 ablaufen. Dabei waren für die Zinnpolitik der Regierung der USA in erster Linie politische Erwägungen bestimmend; besser gesagt: es bestand ein reges Interesse an möglichst niedrigen Importpreisen zur Aufstockung strategischer („unsichtbarer“) Reserven und gleichzeitig das Bestreben, die zu höheren Kosten arbeitende Regierungshütte lebensfähig zu halten.

Die Wiedereinschaltung des freien Handels in den USA machte es der britischen Regierung unmöglich, an den staatlich fixierten Zinnpreisen festzuhalten: Ein sinkender Preis im wichtigsten Zinnimportland der Erde stellte die britische Regierung vor die Frage, entweder den staatlichen Aufkauf unter erheblichen Risiken und finanziellen Verlusten fortzusetzen, oder den Einkauf in Zukunft dem privaten Handel zu überlassen. Man entschied sich für den freien Handel und eröffnete am 15. November 1949 nach achtjähriger Pause die Londoner Zinnbörse.

Erzeugung, Verbrauch und Vorräte an Zinn in der Welt
in 1000 metr. t

Jahr	Hüttenerzeugung				Verbrauch			Sichtbare Vorräte ¹⁾		
	insgesamt	d a v o n			insgesamt	d a v o n		insgesamt	d a v o n	
		Malaya	USA	Großbritannien		USA	Großbritannien		USA	Großbritannien
1936	179,5	86,0	0,2	34,3	158,0	69,3	22,2	45,0	25,4	6,5
1939	176,6	81,8	0,5	37,9	156,5	67,7	27,7	75,0	36,8	13,4
1942	107,3	10,2	16,2	37,9	119,9	57,2	23,9	168,0	128,1	30,6
1945	90,9	2,5	41,2	28,0	104,7	56,5	16,7	178,4	77,4	37,8
1947	126,6	29,8	33,8	28,5	137,3	64,1	27,8	135,0	67,8	18,3
1948	160,0	50,5	37,3	31,5	142,1	65,1	25,6	136,3	64,9	21,3
1949	171,0	63,7	36,6	28,8	121,0	50,9	21,2	131,4	60,7	23,5
Mai 1950	.	.	.	.	.	.	.	131,9	69,0	20,1

Quelle: Internationale Zinnstudiengruppe, Statistical Yearbook 1949. — ¹⁾ Stand am Jahres- bzw. Monatsende



Die marktwirtschaftlichen Funktionen der Börse reichen aber keineswegs aus, um die Lage am Weltzinnmarkt grundlegend zu ändern, d. h. um die steigenden Überschüsse zu kompensieren und weitere Preissenkungen bei den Zinnproduzenten zu verhindern.

Vor dem Kriege hatte ein Zinnkartell die Interessen der produzierenden Länder vertreten, Preisregulierungen vorgenommen und die schon damals vorhandenen Überschüsse in einem sogenannten Pufferpool eingelagert. Die im Jahre 1946 neu gebildete Internationale Zinn-Studiengruppe, die sich aus acht Regierungsbeauftragten der zinnproduzierenden Länder und sechs Regierungsbeauftragten der zinnverbrauchenden Länder zusammensetzt¹⁾, hat sich eine ähnliche Aufgabe gestellt. Die Vertreter dieser Länder arbeiteten einen Entwurf für eine allgemeine Zinnkontrolle durch die UNO aus, der u. a. die Festsetzung eines bestimmten Mindestpreises für einen längeren Zeitraum zum Schutze der Produzenten, die Bildung von Pufferreserven und die Kontrolle der Zinnausfuhr aus den Produzentenländern vorsieht. Diese Zinnkontrolle ist notwendig, da die Bedingungen in der Zinnindustrie derart sind, daß eine Preisregulierung nicht ohne weiteres ein Ansteigen des Verbrauchs nach sich zieht. Sinkende Preise bedeuten aber für die vielen kleinen Produzenten in Ostasien das Ende ihrer wirtschaftlichen Existenz und Erhöhung der politischen Unsicherheit in diesem Raum. In der Diskussion dieser Vorschläge trafen die widerstreitenden Interessen von Produzenten und Konsumenten aufeinander.

Da Amerika die Interessen beider Parteien vertritt, ist auch seine Stellungnahme zur Zinnbewirtschaftung nicht eindeutig. Bei den Überlegungen der Regierungskreise steht die weitere Aufstockung der Zinnreserven im Vordergrund, die

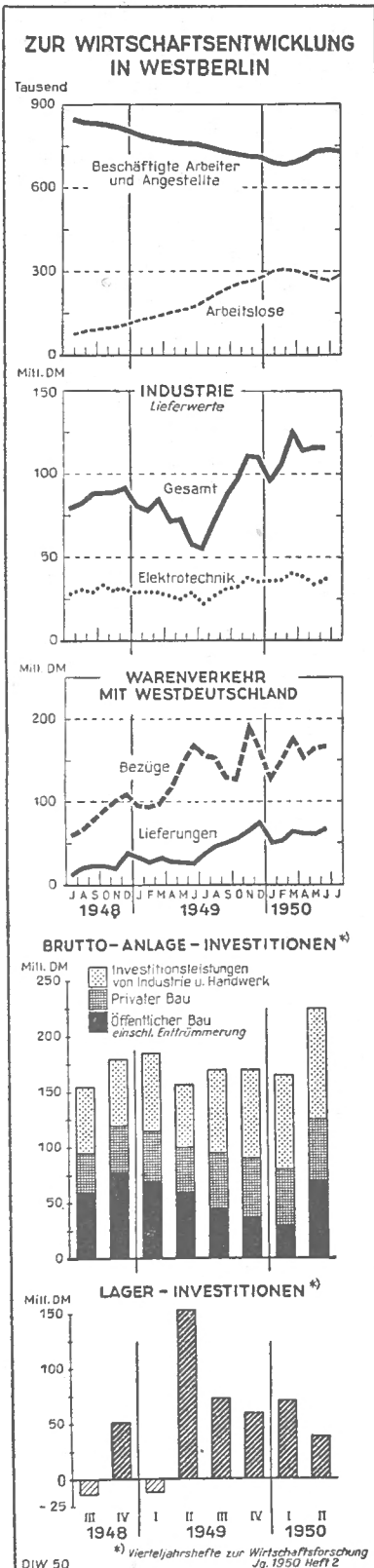
¹⁾ U. a. Großbritannien, USA, Belgien, Bolivien, China, Frankreich, Holland und Siam. Die USA sind sowohl als größter Zinnverbraucher wie auch als einer der bedeutendsten Zinnerzeuger (ohne eigene Erzbasis) vertreten.

nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten verwaltet werden sollen. Die Höhe des Preises spielt eine wesentliche Rolle. Infolgedessen hat die Regierung bei ihren Lieferungsverträgen mit Indonesien und Belgisch-Kongo als Gegenkonzession für die fixe Übernahme größerer Mengen einen Abschlag auf den jeweiligen Marktpreis verlangt. Indonesien ist sofort darauf eingegangen, während die britisch-amerikanischen Verhandlungen über den Erwerb von Zinn aus den britischen Kolonien für die amerikanische Zinnreserve erst nach langen Verhandlungen im Frühjahr 1950 zum Abschluß kamen. Aus der Entwicklung der ständig steigenden Produktion seit 1948 mit dem absoluten Rückgang des Verbrauchs sowie einem leichten Abfall der sichtbaren Vorräte darf geschlossen werden, daß die ins stockpile genommenen Reserven im Laufe der letzten Monate besonders rasch zugenommen haben. Diese Reserven sollen Ende 1949 bereits über 90 000 t betragen haben, weitere 20 000 t sollen dem amerikanischen Handelsministerium zur Verfügung stehen. Über die tatsächliche Höhe der ins stockpile genommenen Zinnbestände bestehen keine offiziellen Angaben.

Angesichts der Lage am Weltzinnmarkt bedeutet die Anlegung solcher Reserven, die übrigens auch von Großbritannien und der Sowjetunion vorgenommen wird, zurzeit das wirksamste Abflußventil für die Zinnüberschüsse. Da der größte Teil in die Hand der USA-Regierung übergeht, ist der internationale Zinnmarkt entscheidend von der Politik der USA abhängig geworden. Für die englische Zinnpolitik bedeuten die hohen Bestände in den USA eine Bedrohung des Marktgleichgewichts, so daß das Zinngeschäft in Zukunft mit weitaus größeren Risiken belastet ist als vor dem Kriege. Die von allen maßgeblichen Ländern in Rahmen der Aufgaben der UNO geplante Bewirtschaftung von Zinn wird in erster Linie auf die Aufrechterhaltung eines Mindestpreises abgestellt sein müssen. Und allem Anschein nach wird sich diese Auffassung in der Zinnpolitik der Vereinigten Staaten durchsetzen, da Amerika auch heute noch bei keinem anderen Rohstoff von auswärtigen Zufuhren abhängiger ist als beim Zinn und vor dem Kriege die Hälfte der Welterzeugung verbrauchte.

Die durch den Korea-Konflikt aufgetretene Nervosität am Zinnmarkt, die geradezu eine Kaufpsychose verursacht hat, kann die internationale Versorgungslage des Metalls nachhaltig beeinflussen. Angesichts der latenten Überproduktion würde jedoch eine Entspannung der politischen Lage schnell zum Zusammenbruch des Zinnmarktes führen.

Westberliner Wirtschaftslage Mitte August 1950



Die Ende Juli 1950 beschlossene Weiterführung des GARIOA-Notstandsprogramms sichert Westberlin zunächst bis April 1951 das zusätzliche Einströmen von monatlich 20 Mill. DM in seinen Wirtschaftskreislauf. Nach der Beendigung des ersten Programmabschnittes von vier Monaten wird die Ausführung produktiverer Arbeiten als bisher in Erwägung gezogen.

In seiner bisherigen Form hat das Notstandsprogramm zwar rd. 40 000 Menschen in Arbeit gebracht und auch — allerdings in beschränktem Umfang — die Massenkaukraft gesteigert. Da jedoch etwa die Hälfte des Westberliner Masseneinkommens für Käufe von Nahrungs- und Genußmitteln und von Verbrauchsgütern vornehmlich aus Westdeutschland und aus dem Ausland verwendet werden, wurde die Leistungsbilanz Westberlins im Verkehr mit der Außenwelt ungünstig beeinflußt, da die mit GARIOA-Mitteln finanzierten Arbeiten ihrer Natur nach keine Erhöhungen der Westberliner Lieferungen nach auswärts nach sich zogen.

Insofern ist die Umstellung auf produktivere Arbeitsvorhaben zu begrüßen. Da jedoch die private Wirtschaft Westberlins infolge ihrer seit Monaten anhaltenden Stagnation ihren Beschäftigungsstand nur eben zu halten vermag, bedeutet jede Umstellung der Notstandsarbeiten auf produktivere Tätigkeit als bisher eine Verminderung der gesamten Beschäftigung (und eine Abnahme der Massenkaukraft, da der unmittelbar — in Form von Löhnen — in diese eingehende Teil der aufgewendeten Notstandsmittel wegen der höheren Material- und Kapitalkosten sinkt). Jedoch ist ihre Aufrechterhaltung bzw. Erhöhung gerade das wichtigste Ziel jeglicher Notstandsarbeiten. Das Dilemma — höhere Beschäftigung oder höhere Produktivität — bleibt auch bei den ins Auge gefaßten Bemühungen, die GARIOA-Mittel mit interessiertem Privatkapital zu kombinieren, bestehen, sofern nicht nur solches Privatkapital erfaßt wird, welches sonst dem Konsum zufließen würde.

Kombinationen dieser Art sind zum Beispiel bei Bauvorhaben beabsichtigt. Je mehr Privatkapital beteiligt wird, desto höher steigt zwar die Lohnquote im Verhältnis zu den eingesetzten GARIOA-Mitteln, sie bleibt jedoch im Verhältnis zu dem insgesamt notwendigen Aufwand niedrig. Gelingt die Verringerung des Konsums zugunsten derartiger Arbeitsvorhaben nicht, so wird lediglich erreicht, daß für Investitionen verfügbares Kapital seinem ursprünglichen Verwendungszweck entzogen und nunmehr mit GARIOA-Mitteln kombiniert, für andere Anlagen verwendet wird.

Das wichtigste Ziel der Westberliner Wirtschaftspolitik bleibt die Lösung der Aufgabe, den immer noch beträchtlichen Passivsaldo der Westberliner Leistungsbilanz im Verkehr mit dem Westen zu verringern. Jeder Versuch, die inneren Wirtschaftskreisläufe Westberlins ohne Berücksichtigung der außenwirtschaftlichen Verflechtungen weiter zu verstärken, findet an dem steigenden Zufuhrbedarf seine Grenzen, wenn es nicht gelingt, die Warenlieferungen Westberlins nach dem Ausland und vor allem nach Westdeutschland zu erhöhen.

Zur Lösung dieser Aufgabe ist die Industrie dank ihrer hohen Wertschöpfung in weit besserem Maße geeignet als andere Wirtschaftszweige, wenn man von den Dienstleistungen absieht, die nach der heutigen Lage der Dinge keinen wesentlichen Aktivsaldo für die Westberliner Leistungsbilanz erbringen können.

Der Übergang zu produktiveren Notstandsarbeiten sollte daher in den kommenden Monaten nur allmählich und behutsam erfolgen, um eine Verringerung der Gesamtbeschäftigung — wie sie im Juli festzustellen war — von der Seite des GARIOA-Programms her zu vermeiden. Es dürfte zweckmäßig sein, vor allem solche produktiven Arbeitsvorhaben mit Notstandsmitteln zu finanzieren, welche die Lieferfähigkeit der Westberliner Industrie nach auswärts unterstützen, sei es durch Errichtung von Anlagen oder durch Finanzierungsbeihilfen von westdeutschen oder ausländischen Aufträgen, die zu erhöhter Beschäftigung führen.

Während die Bundesrepublik Deutschland heute schon, wenige Wochen nach Beginn der Korea-Krise, ihr zusätzliches Wirtschaftsförderungsprogramm glaubt zurückstellen zu können, ist dies in Westberlin keineswegs möglich.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Pacelliallee 6 und Bonn, Schaumburg-Lippe-Straße 6. Präsident: Dr. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Prof. Dr. Bruno Gleitze, Dr. Ferdinand Grünig, Dr. Hans Liebe, Dr. Karl Georg Mahnke, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Albert Wiesler.

Schriftleitung: Dr. Georg Garbe, Berlin-Wilmersdorf, Koblenzer Str. 6. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geraniestraße 2. B234ISB, Berlin. Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang (einschl. Zustellung im Inland) DM 20.—, halbjährlich DM 11.—, vierteljährlich DM 6.—.

Soweit es sich nicht um Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung handelt, entstammen die Angaben folgenden Quellen: Hauptamt für Statistik und Wahlen, Berlin-Wilmersdorf. — Magistrat Abt. Wirtschaft, Verkehr und Finanzen. — Landesfinanzamt Berlin. — Berliner Zentralbank. — Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Wiesbaden. — Verwaltung für Wirtschaft, Vertretung Berlin. — Hauptamt für Statistik, Ost-Berlin. — JEIA Berlin. (Joint Export Import Agency).